

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Rr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Kontaktperson: **Städtische Staatsbank**
Dresden, Markt 1, Arbeiter-Ange-
legenheiten u. Kassen, 8. u. 9. Stock,
Gebäude Kröner, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in den Verhältnissen, sei es durch oder ohne Zutun höherer Gewalt, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Wochenblätter, Kunst“ außerhalb „Zeit und Welt“ monatlich 1,80 M., 3. Quartal 4 M., 4. Quartal 4 M., 5. Quartal 4 M., 6. Quartal 4 M., 7. Quartal 4 M., 8. Quartal 4 M., 9. Quartal 4 M., 10. Quartal 4 M., 11. Quartal 4 M., 12. Quartal 4 M., 13. Quartal 4 M., 14. Quartal 4 M., 15. Quartal 4 M., 16. Quartal 4 M., 17. Quartal 4 M., 18. Quartal 4 M., 19. Quartal 4 M., 20. Quartal 4 M., 21. Quartal 4 M., 22. Quartal 4 M., 23. Quartal 4 M., 24. Quartal 4 M., 25. Quartal 4 M., 26. Quartal 4 M., 27. Quartal 4 M., 28. Quartal 4 M., 29. Quartal 4 M., 30. Quartal 4 M., 31. Quartal 4 M., 32. Quartal 4 M., 33. Quartal 4 M., 34. Quartal 4 M., 35. Quartal 4 M., 36. Quartal 4 M., 37. Quartal 4 M., 38. Quartal 4 M., 39. Quartal 4 M., 40. Quartal 4 M., 41. Quartal 4 M., 42. Quartal 4 M., 43. Quartal 4 M., 44. Quartal 4 M., 45. Quartal 4 M., 46. Quartal 4 M., 47. Quartal 4 M., 48. Quartal 4 M., 49. Quartal 4 M., 50. Quartal 4 M., 51. Quartal 4 M., 52. Quartal 4 M., 53. Quartal 4 M., 54. Quartal 4 M., 55. Quartal 4 M., 56. Quartal 4 M., 57. Quartal 4 M., 58. Quartal 4 M., 59. Quartal 4 M., 60. Quartal 4 M., 61. Quartal 4 M., 62. Quartal 4 M., 63. Quartal 4 M., 64. Quartal 4 M., 65. Quartal 4 M., 66. Quartal 4 M., 67. Quartal 4 M., 68. Quartal 4 M., 69. Quartal 4 M., 70. Quartal 4 M., 71. Quartal 4 M., 72. Quartal 4 M., 73. Quartal 4 M., 74. Quartal 4 M., 75. Quartal 4 M., 76. Quartal 4 M., 77. Quartal 4 M., 78. Quartal 4 M., 79. Quartal 4 M., 80. Quartal 4 M., 81. Quartal 4 M., 82. Quartal 4 M., 83. Quartal 4 M., 84. Quartal 4 M., 85. Quartal 4 M., 86. Quartal 4 M., 87. Quartal 4 M., 88. Quartal 4 M., 89. Quartal 4 M., 90. Quartal 4 M., 91. Quartal 4 M., 92. Quartal 4 M., 93. Quartal 4 M., 94. Quartal 4 M., 95. Quartal 4 M., 96. Quartal 4 M., 97. Quartal 4 M., 98. Quartal 4 M., 99. Quartal 4 M., 100. Quartal 4 M.

Schreibweise: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25, 261. Dresden
Schreibweise: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25, 261 u. 2707.
Schreibweise: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25, 261 u. 2707.

Kassenschein: Die 80 mm breite Kassenscheinreihe 25 Pf., die 90 mm breite Kassenscheinreihe 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M., abhängig von der Zahlungsart, Familienangehörigen, Stellen- u. Mitgliedschaften 20 Pf., netto, für Kleinvertrieb 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 103

Dresden, Dienstag, den 3. Mai 1932

43. Jahrgang

Wollen Nazis regieren?

D. Wollen die Nazis allen Ernstes regieren oder nicht? Wir behaupten, sie tun nur so, als ob sie aus dem Ergebnis des 24. April die Konsequenzen ziehen wollen. Das Berliner Nazi-Blatt liefert dafür den besten Beweis. Es schreibt in seiner Montagnummer:

Die Nationalsozialisten müssen den selbstverständlichen Standpunkt vertreten, daß sie sich an einer Regierungscoalition in Preußen nur unter der Voraussetzung beteiligen, daß ihnen die Macht mittel des Staates in die Hand gegeben werden. Die Nationalsozialisten können eine Regierungsübernahme in Preußen ferner nur dann verantworten, wenn die Gewähr dafür vorhanden ist, daß ihnen vom Reich her nicht die Macht in Preußen aus der Hand geschlagen wird. Deshalb muß auch im Reich eine Regelung der Dinge eintreten, bei der Nationalsozialisten den entscheidenden Einfluß gewinnen. Gegenüber dieser Forderung sind einzig möglichen Stellungnahmen der Nationalsozialisten gibt es keine Deutsche und keine Kommunisten.

Wer sich als Minderheit, ohne jede Rücksichtnahme auf die „zur Machtergreifung“ erforderlichen anderen parlamentarischen Gruppen, so großmütig benimmt, kann nicht ernsthaft auf die Übernahme der Mitverantwortung reflektieren. Tatsächlich läuft die Politik der Nazis darauf hinaus, bei ihren Anhängern den Eindruck zu erwecken, als ob sie „mitregieren“ wollen. In Wirklichkeit aber wissen sie, daß sie angesichts der Weltwirtschaftskrise die wirtschaftliche Lage Deutschlands weder ändern noch bessern können, und deshalb tun sie bereits jetzt alles, um ihre Mitverantwortung durch unannehmbare Forderungen auszuweichen.

Entspricht die Stellungnahme des Berliner Nazi-Blattes der Auffassung der Nazi-Parteileitung, dann dürften die nach Pfingsten zu erwartenden Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazi nur von kurzer Dauer sein.

Sozialdemokratischer Wahlsieg

W. Braunlage, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Einen großen Wahlsieg errang die Sozialdemokratie bei der Bürgermeistereiwahl in dem Kurort Braunlage. Der bisherige sozialdemokratische Bürgermeister Rudolf Kießig legte trotz starker Opposition der Nazis mit einem Vorsprung von 130 Stimmen über den nationalsozialistischen Gegenkandidaten, dem in Salzwedel bayerngeleiteten Stadtschreiber Wegel, diesen Sieg im Amt zu bedeuten, als für den Kandidaten auch der braunschweigische Ministerpräsident Dr. Rüdenhals in öffentlicher Versammlung geworben hatte.

Unsere Partei steigerte ihre Stimmen von 1000 auf 1200, während die Nazis gegenüber der Präsidentenwahl um die gleiche Stimmenzahl zurückgingen. Ein SPD-Splitterkandidat vermochte dem großen Erfolg unserer Partei keinen Abbruch zu tun.

Häuslicher Streit

Über die Frage der Regierungsbeteiligung ist zwischen nationalsozialistischen und Eugenberg-Wählern ein Streit ausgebrochen.



„Daher!!!“
„Daher!!!“

Unsere Erfolge in Frankreich

Die Stimmengewinne der Sozialisten

P. Paris, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Paris-Extrakt hat errechnet, daß die verschiedenen Parteien beim ersten Wahlgang folgende Mandate gewonnen oder verloren haben:

Partei	Gewinn	Verlust
Sozialisten	4	2
Radikale	8	0
Republikanische Föderation	1	6
Unabhängige Republikaner	3	1
Linkerepublikaner	4	8
Katholische Demokraten	1	0
Unabhängige Radikale	3	0
Sozialistische Republikaner	2	1
Kommunisten und sog. Kommunisten	0	2

Wenn man die Parteien auf die gegenwärtige Mehrheit und Opposition verteilt, dann ergibt sich für die Regierungsmehrheit ein Verlust von drei Mandaten, für die Opposition ein Gewinn von neun Mandaten. Es handelt sich nun darum, diesen Gewinn und die Erfolgsmehrheit bei der Stichwahl dadurch zu sichern, daß die Linksparteien gegenseitig „republikanische Disziplin“ anwenden und gemeinsam für den Linkskandidaten stimmen, der am meisten Aussicht auf Erfolg hat. Dafür, daß dies von den Radikalen und Sozialisten geschehen wird, liegen bereits Zeugnisse vor.

Sozialistische Zunahme um 250 000

P. Paris, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Unter den 606 gemeldeten Wahlergebnissen sind inzwischen vier weitere aus den Kolonien bekannt geworden. In Martinique haben die Sozialisten das Mandat, das bisher der Abgeordnete Professor innehatte, behauptet. Professor ist jetzt Abgeordneter in Lagouanère. Es fehlen jetzt nur noch die beiden Wahlkreise von der Kolonie Guadeloupe. Bisher sind 252 Abgeordnete gewählt, während in 357 Wahlkreisen Stichwahlen entscheiden müssen.

In Frankreich und in Algerien haben nach einer Statistik des Exztrakt rund 9 1/2 Millionen Wähler abgestimmt und rund 1,9 Millionen sich der Stimme enthalten. Von den 9 1/2 Millionen Wählern haben 1 950 000 für die sozialistischen Kandidaten gestimmt, während 1928 1,7 Millionen sozialistischer Wähler gewählt wurden. Die Sozialisten haben also 250 000 Stimmen gewonnen. Die Kommunisten haben dagegen rund 350 000 Stimmen verloren, was bei ihrer winzigen Partei einer Katastrophe gleichkommt.

Schleicherei um Brüning

Brüning-Groener stehen den Rechtsradikalen im Wege

Intrigen gegen die Regierung Brüning sind längst keine Seitenhiebe mehr. Es überrascht deshalb nicht, wenn jetzt angesichts des bevorstehenden Zusammentritts des Reichstages wieder einmal derartige Intrigen gemeldet werden, und zwar diesmal aus Bayern.

Der Herd dieser Schleicherei ist nach einer Meldung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz wieder im Reichswehrministerium zu suchen. Ihre Urheber sollen die Generale Hammerstein und Schleicher sein. Ihr Ziel ist angeblich der Sturz von Brüning und Groener zum Zwecke der Bildung einer sogenannten „Präsidentenregierung“ mit General Schleicher an der Spitze. Die genannte Korrespondenz schreibt u. a.:

„Das Spiel der politischen Generale, hinter dem leider wieder auch einmal Persönlichkeiten der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten wie Staatssekretär Weizsäcker zu stehen scheinen, geht in seiner Planmäßigkeit weit über den Sturz Groeners, mit dessen Sturz man unzufrieden ist, hinaus. Unter Hinweis auf den Ausgang der Preußenwahlen verlangt man in den genannten Kreisen eine radikale Umbildung der Reichsregierung an Haupt und Gliedern. General Schleicher selbst ist der Reichslangierkandidat dieses Kamarilla-Spiels, dessen bisherige schon recht eigenartige Regierungen zu Hitler, Kriem und Kautzsch nur gemacht werden sollen, und zwar durch Übernahme nationalsozialistischer Persönlichkeiten in das neue Kabinett.“

Dem gesunden und ehrlichen politischen Sinn unserer bayerischen Bevölkerung bietet es daher ein Schauspiel der Hinterstaplerpolitik dar, daß nur Wägen und Kopfsteine herbeigeholt werden.“

Daß die genannten Leute das alles als hohles Gerede betrachten würden, war vorauszuversetzen, und so wird denn von Berlin aus folgende Antwort an die bayerische Korrespondenz gegeben:

Linksrud und Stichwahltaktik

Die genauen Ergebnisse der Hauptwahl haben den Linksrud bestätigt, den die französischen Wähler am Sonntag vollzogen haben. Die Sozialisten haben auf Anhieb 40 Mandate errungen, während sie 1928 bei den Hauptwahlen nur 14 sicherten. Bei den bürgerlichen Radikalen sind die Zahlen ähnlich, ebenso bei den kleineren Linksrudgruppen. Umgekehrt haben die Rechtsparteien und alle Gruppen, die hinter Lardieu stehen, nur etwa 110 Mandate auf Anhieb sichern können gegen mehr als 125 bei den letzten Wahlen.

Aber das ist nicht einmal das Entscheidende. Ausschlaggebend sind die Stimmengahlen der einzelnen Kandidaten in jenen Kreisen, in denen eine Stichwahl notwendig ist. Vor vier Jahren haben die Stichwahlen das Bild zugunsten der Linken, insbesondere der Sozialisten, wesentlich verschoben, ohne jedoch die knappe Rechtsmehrheit verhindern zu können, die vier Jahre lang zum Leidwesen Europas am Ruder blieb. Diesmal erscheint die Position der linken Parteien für die Stichwahl noch günstiger als 1928. Sie ist schon deshalb günstiger, weil die Kommunisten überall vorzuziehen haben, sogar in ihren bisherigen Hochburgen. Die Pariser Rechtspresse versucht, diese Tatsache als Trost für ihre Anhänger zu buchen. In Wirklichkeit kommt sie ausschließlich den Linksparteien, vor allem den Sozialisten, zugute. Darüber ist sich die Reaktion nicht im geringsten im Zweifel, denn sie weiß am besten, daß sie ihre geringe Mehrheit von 1928 lediglich den Selbstdiensten verdankt, die ihnen Rostau leistete, indem es anordnete, daß alle kommunistischen Kandidaturen im zweiten Wahlgang außer Acht gelassen blieben. Auch wenn jetzt an die Kommunisten die gleiche Parole ausgegeben wird wie ehemals, so wird sie sich nicht mehr so verheerend für die Linke auswirken können, weil die Sozialisten oder die Radikalen die kommunistischen Stimmen nicht mehr brauchen, um am kommenden Sonntag die Reaktion zu besiegen. Freilich würde sich die Niederlage der Rechten noch viel verhängender gestalten, wenn die französischen Kommunisten endlich erkennen würden, daß der Hauptfeind rechts steht und nicht bei den Nachbarparteien.

Die Mittelpartei der sogenannten Radikalen Linken, deren früherer Führer der verstorbene Abgeordnete Loubet war, gab vor vier Jahren den Ausschlag zugunsten der Rechten. Wenn sie aber sieht, daß das Pendel nach links aus-

„In einzelnen bayerischen Wählern sind Gerüchte verbreitet, wonach aus Kreisen der Reichswehr und unter Mitwirkung anderer politischer Persönlichkeiten der Sturz des Reichswehr- und Reichsinnenministers betrieben und auf eine radikale Umbildung der Reichsregierung hingewirkt würde. Dazu ist festzustellen, daß es sich hierbei um haltlose Kombinationen handelt. Die in der Öffentlichkeit genannten Personen stellen ausdrücklich fest, daß diese Behauptungen erfunden sind und jeglicher tatsächlichen Begründung entbehren.“

Aber selbst die deutschsprachige Berliner Reichsaussage gibt zu, daß „gewisse Bestrebungen im Gange sind, eine Umbildung der Reichsregierung zu versuchen“. Dem Sozial. Pressedienst wird zu dem Spiel von unterrichteter Seite geschrieben:

„Die Veröffentlichung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz stellt eine Warnung an gewisse Kreise in der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten dar, die sich schon seit einiger Zeit mit dem Plan einer Schleicher-Regierung beschäftigen. Diese Kreise, zu denen wohl auch Oldenburg-Januschew gehört, sind politisch zwar ernstzunehmend, doch stützen sie sich keineswegs auf einen parlamentarischen Rückhalt im Reichstag. In München wurde man auf diese Bestrebungen dadurch aufmerksam, daß versucht wurde, gewisse Persönlichkeiten der Bayerischen Politik für den Plan zu gewinnen.“

Im übrigen ist eine zweite Auslassung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz zur gleichen Sache zu erwähnen.

Jedenfalls ist es sicher, daß hinter den Kulissen gegen die Regierung Brüning und Groener geschoben wird und daß davon nicht nur Brüning, sondern auch Groener nicht unberührt bleibt.